

Antrag 71/II/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Votum erfolgt am 06.11.2024****Queerfeindliche und autoritäre Gesetzgebung in Georgien konsequent verurteilen!****1 Triggerwarnung: Queerfeindlichkeit und Polizeigewalt**

2 Im Mai 2024 verabschiedete das georgische Par-
3 lament trotz massiver Proteste endgültig das so-
4 genannte "Agentengesetz". Damit werden Nicht-
5 Regierungsorganisationen (NGOs), die mehr als 20%
6 ihrer finanziellen Mittel aus dem Ausland erhalten, dazu
7 gezwungen, sich als Organisation eintragen zu lassen, die
8 "die Interessen einer ausländischen Macht" verfolgt. Die-
9 ses Label soll insbesondere oppositionelle Organisationen
10 und Organisationen, die sich für die Rechte marginali-
11 sierter Gruppen stark machen, öffentlich diskreditieren
12 und ihre Arbeit so erschweren. Auch ist der Verwal-
13 tungsaufwand, den das Gesetz verursacht, enorm und
14 die Strafen bei Verstößen astronomisch. Doch nicht nur
15 das: den Behörden ist es durch das Gesetz auch erlaubt,
16 Mitarbeiter*innen der NGOs zu zwingen, persönliche
17 Informationen wie Religionszugehörigkeit oder sexuelle
18 Identität offenzulegen. Zusätzlich wurde außerdem ein
19 Gesetzespaket ins Parlament eingebracht, der vorsieht,
20 so genannte "LGBT-Propaganda" zu verbieten. Dabei
21 sind die neuen Gesetze lediglich die Spitze des Eisbergs.
22 Schon seit längerem versucht die georgische Regierung
23 durch autoritäre Mittel ihre Macht zu zementieren und
24 die Opposition sowie marginalisierte Gruppen weiter zu
25 schwächen.

26

27 Georgien - zwischen russischem Einfluss und EU-Beitritt

28 Dabei spaltet die in Georgien regierende Partei "Georgi-
29 scher Traum" (welche bis 2023 Teil der PES war) mit die-
30 sen Gesetzen die georgische Gesellschaft weiter und un-
31 tergräbt das mehrheitlich geforderte und in der Verfas-
32 sung verankerte Ziel eines EU-Beitritts. Gleichzeitig erin-
33 nern diese Gesetze stark an russische Regelungen, die be-
34 reits vor Jahren dort in Kraft getreten ist, um kritische
35 NGOs mundtot zu machen und queeres Leben aus dem
36 öffentlichen Leben zu verbannen. So ist es wenig verwun-
37 derlich, dass die russische Regierung sich positiv hinsicht-
38 lich des "Agentengesetzes" geäußert hat und gegenüber
39 Kritik verteidigt. Das Gesetz trifft nämlich insbesondere
40 Organisationen, die durch die EU, deren Mitgliedsstaa-
41 ten oder die USA unterstützt werden. Die georgische Re-
42 gierung nähert sich also weiter an Russland an, obwohl
43 Russland die georgischen Regionen Abchasien und Süd-
44 ossetien immer noch besetzt hält. Die Gesetze sind nur
45 damit das neueste und offensichtliche Beispiel, dass
46 die georgische Regierung immer mehr die Nähe zu Russ-
47 land sucht. Dies wird spätestens seit dem Angriff Russ-

48 lands auf die Ukraine offensichtlich. So unterstellen georgische Regierungspolitiker*innen seitdem der EU und NATO immer wieder, in Georgien bzw. der Kaukasus-Region eine "zweite Front gegen Russland" eröffnen zu wollen. Auch nahm der damalige georgische Ministerpräsident an einer Konferenz rechter, nationalistischer Politiker unter der Führung Viktor Orbans teil und begrüßte ausdrücklich die Wiederaufnahme von Direktflügen zwischen Russland und Georgien, die ebenso zu heftigen Protesten führte. Gleichzeitig versucht die georgische Regierung jedoch weiterhin zumindest so zu tun, als sei ein EU-Beitritt weiterhin das Ziel ihrer Politik - schließlich wird ein solcher Schritt auch von einer großen Mehrheit der Georgier*innen unterstützt. So ist Georgien seit Dezember 2023 EU-Beitrittskandidat, wobei im Zuge des "Agentengesetzes" die Beitrittsverhandlungen von der EU seit Juni 2024 auf Eis gelegt wurden.

65 Georgien ist ein tiefreligiöses christliches Land. Seit dem Zerfall der UdSSR ist Georgiens wirtschaftliche Lage relativ instabil, so gab es auch schon viele Protestbewegungen und eine Revolution 2003. Seit Georgiens Unabhängigkeit spielt die orthodoxe georgische Kirche eine große Rolle für Georgiens Politik und Gesellschaft. Sie lobbyiert erfolgreich für einen konservativen, sehr russlandnahen Kurs. Dieser findet bei der konservativen Mehrheit in der Gesellschaft viel Zuspruch.

74

75 **Die georgische Zivilgesellschaft**

76 Gerade auch weil ein solcher Schritt durch die EU absehbar war und viele insbesondere junge Menschen in Georgien eine weitere Annäherung und Einflussnahme Russlands in Georgien fürchten, demonstrierten Zehntausende regelmäßig friedlich in Tiflis und anderen Städten gegen die Einführung des "Agentengesetzes". Auch hier zeigte die Regierung ihren offen autoritären Stil, der die Opposition und kritische Stimmen in der Gesellschaft mit allen Mitteln zu bekämpfen versucht. So kam es während der Proteste zu massiver Polizeigewalt: Tränengas, Gummigeschosse, Wasserwerfer und rechtswidrige Verhaftungen waren die routinierte Antwort auf die Kritik an dem Gesetz. Nichtsdestotrotz ließen sich die Demonstrierenden nicht einschüchtern, denn diese Antwort der Regierung lässt erahnen, was mit dem Gesetz bezweckt wird: Das Ende einer kritischen, offenen, demokratisch orientierten Zivilgesellschaft. Das können wir nicht hinnehmen! Denn diese ist der letzte verbleibende Akteur, der nicht in Gänze durch die Regierungspartei und dessen Ehrenvorsitzenden und Milliardär Bidsina Iwanischwili kontrolliert wird.

96

97 **Queerfeindlichkeit und die Unterdrückung von Minderheiten**

98 Gerade marginalisierte Gruppen wie z.B. die LGBTQIA+-Community sind der Regierungspartei dabei ein Dorn

100

101 im Auge. So werden sie schon seit längerem als Sün-
102 denbock für verschiedenste gesellschaftliche Probleme
103 dargestellt und von konservativen Teilen der Bevölke-
104 rung, insbesondere der Kirche, verfolgt. So wurden Pride-
105 Veranstaltungen immer wieder angegriffen und Teilneh-
106 mende zum Teil schwer verletzt. Die Polizei beteiligte
107 sich bzw. begünstigte das. Dementsprechend wundert
108 es nicht, dass das so genannte "Agentengesetz" nun
109 besonders NGOs trifft, die sich für die Belange margi-
110 nalisierter Gruppen wie die LGBTQIA+-Community ein-
111 setzt. Diese werden von der georgischen Regierung in
112 der Regel nur wenig unterstützt und sind dem entspre-
113 chend dringend auf Unterstützung aus dem Ausland
114 angewiesen. Gerade Angebote wie AIDS- (Auto-Immun-
115 Difficiency-Syndrome) und HIV(Human Immunodeficiency
116 Virus)-Prävention könnten noch schwieriger werden als
117 zuvor. Verschärft wird die Situation durch das so genannte
118 "Gesetz gegen LGBT-Propaganda". Dieses soll das Zeigen
119 nicht-cis-heterosexueller Lebens- und Beziehungsrealitä-
120 ten in Medien und Bildungseinrichtungen verbieten. Au-
121 ßerdem sollen Kundgebungen wie der Christopher-Street-
122 Day (CSD) sowie geschlechtsangleichende Operationen
123 für trans*Personen verboten und die Adoption von Kin-
124 dern durch gleichgeschlechtliche Paare ausgeschlossen
125 werden. Per Verfassungsänderung wurde die Ehe in Geor-
126 gien als Verbindung zwischen Mann und Frau definiert.

127

128 **Die Rolle Deutschlands**

129 Es gibt jedoch Möglichkeiten, die demokratischen Kräf-
130 te in Georgien zu unterstützen. Sie müssen nur genutzt
131 werden. Möglichkeiten der Einflussnahme gibt es also, sie
132 müssten aber auch genutzt werden! Dass sich die Bundes-
133 regierung inzwischen über die Lage in Georgien "besorgt
134 zeigt", reicht uns nicht. Auch scheint es in Anbetracht der
135 weiter fortbestehenden russischen Kontrolle über die ge-
136 orgischen Gebiete Abchasien und Südossetien und der im-
137 mer stärkeren Verfolgung oppositioneller und marginali-
138 sierter Gruppen absurd, dass Georgien von der Bundesre-
139 gierung als sogenanntes "sicheres Herkunftsland" für Ge-
140 flüchtete eingestuft wird. Die Einstufung eines Landes als
141 sicheres Herkunftsland bedeutet, dass in dem betroffe-
142 nen Land grundsätzlich genug staatliche Strukturen und
143 Schutzmechanismen existieren, um Menschen vor Verfol-
144 gung zu schützen. Der Begriff „sicheres Herkunftsland“
145 soll dabei „abschreckend“ wirken und Menschen von einer
146 Flucht nach Deutschland abhalten. Die Klassifikation be-
147 deutet außerdem, dass Asylsuchende aus diesen Ländern
148 kaum Rechtsschutzmöglichkeiten gegen einen abgelehnten
149 Asylantrag haben. In Georgien sind viele Menschen,
150 die gesellschaftlichen Minderheiten angehören, akut be-
151 droht. Das Land also als „sicheres Herkunftsland“ einzustu-
152 fen, ist schlicht falsch und gefährlich!

153

154 **Wir fordern daher**

- 155 • jede Form queerfeindlicher und autoritärer Gesetz-
156 gebung sowie die Polizeigewalt gegenüber georgi-
157 schen Demonstrierenden klar zu verurteilen, insbe-
158 sondere durch sozialdemokratische Mandats- und
159 Funktionsträger*innen. Insbesondere ist das soge-
160 nannte “Agentengesetz” und der Gesetzesvorschlag
161 gegen LGBT-Propaganda zu kritisieren und ihren Wi-
162 derspruch zu einem möglichen EU-Beitritt hinzu-
163 weisen.
- 164 • die verstärkte finanzielle Förderung von georgi-
165 schen NGOs und zivilgesellschaftlichen Akteuren,
166 insbesondere solchen, die sich für marginalisierte
167 Gruppen einsetzen, insbesondere ist das sogenann-
168 te “Agentengesetz” und der Gesetzesvorschlag ge-
169 gen LGBT-Propaganda zu kritisieren und ihren Wi-
170 derspruch zu einem möglichen EU-Beitritt hinzu-
171 weisen. Dabei soll darauf Wert gelegt werden, dass
172 NGOs und andere Akteure nicht aufgrund dieser Fi-
173 nanzierung selbst in rechtliche Schwierigkeiten, bei-
174 spielsweise aufgrund des “Agentengesetzes” gera-
175 ten. Im Einzelfall muss mit den Betroffenen eine an-
176 gemessene, möglichst sichere Lösung gesucht wer-
177 den. Die Sicherheit der Betroffenen und der Fort-
178 bestand der kritischen Zivilgesellschaft Georgiens
179 muss immer im Mittelpunkt stehen.
- 180 • Keine Kürzungen bei der Förderung politischen Bil-
181 dungsarbeit durch deutsche Stiftungen und NGOs
182 in Georgien.
- 183 • Georgien von der so genannten “Liste der sicheren
184 Herkunftsländer” zu streichen.
- 185 • die SPD innerhalb der PES auf, sich gegen Georgiens
186 Regierungskurs einzusetzen.
- 187 • zu überprüfen, inwiefern Sanktionen gegen führen-
188 den georgischen Regierungspolitiker*innen möglich
189 und zielführend sind, die eine solche autoritäre und
190 queerfeindliche Gesetzgebung unterstützen
- 191 • eine klare Verurteilung des sogenannten “Agenten-
192 gesetz”, das auf die Einschränkung der Arbeit von
193 NGOs und unabhängigen Medien abzielt.
- 194 • die EU-Beitrittsverhandlungen mit Georgien wieder
195 aufzunehmen, sofern das Agentengesetz zurückge-
196 nommen wird. Die georgische Zivilbevölkerung soll
197 weiterhin in ihrer Annäherung an die Europäische
198 Union gefördert werden.